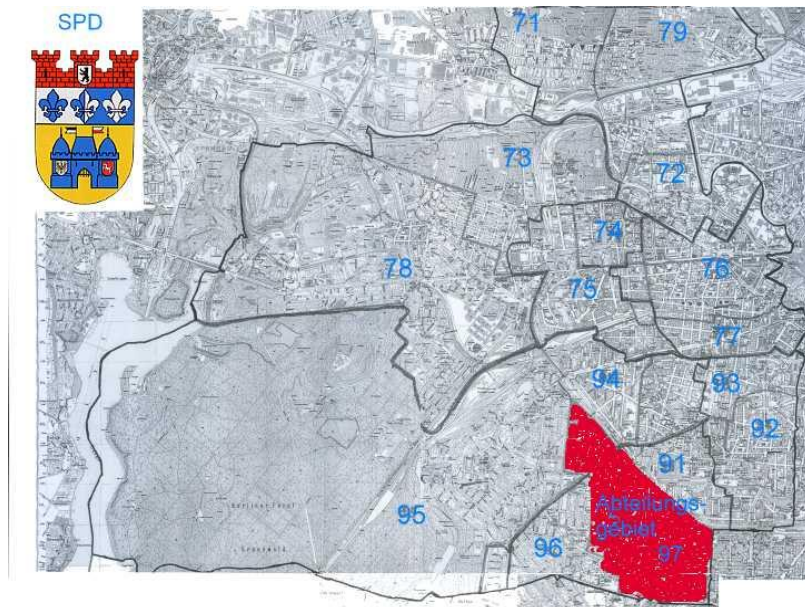


# Der Rote Wilmersdorfer Süden

## INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



### INHALT:

Auf ein Wort

**Bericht über die Mitgliederversammlung am 8. Mai 2018**

**Bericht über die Mitgliederversammlung am 5. Juni 2018**

**Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus**

**Termine und Impressum**

## Auf ein Wort

### Liebe Genossinnen und Genossen,

das erste Halbjahr war politisch sehr bewegt. Nach dem Ergebnis der Mitgliederbefragung ist die SPD erneut in die Regierung einer Großen Koalition eingetreten, in der nach Bewertung der Medien die SPD Ministerinnen und Minister bisher im Gegensatz zu den Regierungsmitgliedern der Union eine gute Arbeit leisten. Dennoch wird dieses von dem unsäglichen Verhalten der CSU überlagert, das durchaus den Ansatz eines Koalitionsbruchs beinhaltet und zu Neuwahlen führen könnte. Hier wird aus parteiegoistischen Gründen und der Furcht vor dem Wahlergebnis in Bayern ein ganzes Land in Geiselhaft einer Regionalpartei genommen.

Aber auch die bisher gute Regierungsbilanz unserer Regierungsmitglieder hat bisher nicht zu einer höheren Wählerzustimmung geführt. Auch wenn die Prognosen immer mit Vorsicht zu betrachten sind, dümpelt die SPD bei allen Umfragen unter 20 %. Dies liegt auch daran, dass unsere Partei in den letzten Jahren viel Vertrauen – auch bei ihrer Kernwählerschaft – verloren hat und neue Wählerschichten nicht erschließen konnte. Deshalb befassen sich alle Ebenen und Gliederungen unserer Partei mit Überlegungen und Konzepten zur Erneuerung der SPD.

Auch wir im Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf diskutieren eine inhaltliche und personelle Neuaufstellung. In unserer Mitgliederversammlung am 8. Mai 2018 war dies zentrales Thema. Der Kreisvorstand hat sich im Juni intensiv mit diesem Thema befasst und erste Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt und verabredet und zugleich die Genossinnen und Genossen zum Dialog gebeten. Besonders angesprochen sind hier auch unsere zahlreichen Neumitglieder, die sich mit ihren Vorstellungen und Überlegungen in die Diskussionen einbringen sollen. Der Abteilungsvorstand unserer Abteilung wird daher am 21. August 2018 in einer Klausur die Planungen unserer Arbeit für das zweite Halbjahr vornehmen. Für Anregungen und Hinweise von Euch sind wir nicht nur angewiesen, sondern auch sehr dankbar.

Ein weiteres wichtiges Thema auf Landesebene ist die Frage der inneren Sicherheit. Nachdem Anfang Juni auf dem Landesparteitag ein neuer Landesvorstand mit einem eher mäßigen Ergebnis für den Landesvorsitzenden gewählt wurde, soll sich der nächste Landesparteitag schwerpunktmäßig mit dem Thema innere Sicherheit befassen. Ein entsprechender umfassender Leitantrag ist in Vorbereitung. Wir werden ihn in unserer Mitgliederversammlung im Oktober diskutieren. Bereits in der Mitgliederversammlung am 5. Juni 2018 hatten wir das Thema innere Sicherheit als Schwerpunkt und mit dem Innenstaatssekretär Torsten Akmann einen sachkundigen Referenten.

Die Arbeit der SPD kann und darf aber nicht nur binnenorientiert, sondern muss auch ganz wesentlich durch den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern geprägt sein. Deshalb hat unsere Abteilung am 16. Juni 2018 zum 14. Mal – diesmal bei schönem Wetter – ein gut besuchtes Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz veranstaltet. Ich konnte auf der Bühne mit dem Parlamentspräsidenten Ralf Wieland, dem Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, dem Chef der Senatskanzlei Christian Gaebler, den Abgeordneten Franziska Becker und Frank Jahnke, unseren Bezirksamtsmitgliedern Reinhard Naumann und Heike Schmitt-Schmelz sowie der Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Anne Hansen und der SPD-Fraktionsvorsitzenden in der BVV, unserer Genossin Constanze Röder, über aktuelle landes- und bezirkspolitische Themen diskutieren.

Im Ausblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr habe ich mit der Berliner Spitzenkandidatin für die Europawahlen Gabriele Bischoff und ihrem Ersatzkandidaten Arturo Winters über die Herausforderungen in Europa gesprochen.

Außerdem konnten die Besucherinnen und Besuchern des Festes an den Ständen der verschiedenen Gliederungen unserer Partei mit der Staatssekretärin in der Senatskanzlei Sawsan Chebli, der Abgeordneten Ulker Radziwill und weiteren Mitgliedern der SPD Fraktion der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Mitgliedern unserer Abteilung diskutieren. Ich möchte an dieser Stelle allen Genossinnen und Genossen danken, die mit ihrem hohen Engagement aktiv an der Planung und Durchführung dieses Festes sichtbar oder im Hintergrund mitgewirkt haben.

Schon jetzt möchte ich auf unsere nächste Mitgliederversammlung nach der Sommerpause am Dienstag, 4. September 2018, 19.30 Uhr, hinweisen, auf der die Bezirksstadträtin für Jugend, Familie, Bil-

dung, Sport und Kultur von Charlottenburg-Wilmersdorf, Heike Schmitt-Schmelz zu diesen Schwerpunktthemen im Bezirk referieren wird.

Ich wünsche Euch auf diesem Wege – auch im Namen des gesamten Abteilungsvorstandes – eine erholsame Sommerzeit.

Euer  
Florian Dörstelmann

## Bericht über die Mitgliederversammlung am 8. Mai 2018

Vor Eintritt in die Tagesordnung informierte Florian Dörstelmann darüber, dass das ursprünglich vorgesehene Thema „Die Pflege in Deutschland – ein Pflegefall?“ wegen der kurzfristigen Absage der vorgesehenen Referentin Staatssekretärin Barbara König entfallen musste. Stattdessen konnte der neugewählte stellvertretende Kreisvorsitzende Johannes Reichersdorfer gewonnen werden, der zur Neuaufstellung der SPD im Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf referierte.

Zuvor berichtete Florian Dörstelmann noch über den bevorstehenden Landesparteitag der Berliner SPD am 1. und 2. Juni 2018, auf dem auch der neue Landesvorstand gewählt werden soll. Nach dem Rückzug von Barbara Loth und Mark Rackles als stellvertretende Landesvorsitzende stehen gegenwärtig Michael Müller als Landesvorsitzender sowie Andreas Geisel, Iris Spranger, Ina Czyborra und Julian Zado als stellvertretende Landesvorsitzende sowie Angelika Schöttler als LandeskassiererIn zur Wahl.

In diesem Zusammenhang wurde aus der Mitgliederversammlung die Erwartung geäußert, dass sich der Landesparteitag auch inhaltlich mit der Kritik von Mark Rackles am Führungsstil des Landesvorsitzenden auseinandersetzt, zumal aus der Mitgliedschaft dies Kritik durchaus geteilt wird. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch, dass Michael Müller als Regierender Bürgermeister sich bei der Aktion der Berliner Feuerwehr vor dem Roten Rathaus unklug verhalten habe. Wochenlang haben die Feuerwehrleute vor dem Roten Rathaus für bessere Bedingungen demonstriert, um dringend notwendige Maßnahmen zu erreichen. Der Regierende Bürgermeister hat hier aber erst viel zu spät das Gespräch mit den Beschäftigten der Feuerwehr gesucht. Dies fällt nicht nur negativ auf den Senat, sondern insbesondere auch auf die SPD.

### **Die Neuaufstellung der SPD im Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf**

Zu Beginn seiner Ausführungen fragte Johannes Reichersdorfer, ob die SPD in der Lage ist, sich neu aufzustellen und kritisierte, dass die SPD auch in Berlin den Gestaltungsspielraum nicht genutzt hat. Für den Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf heißt das, einen Prozess der Erneuerung anzustoßen, der sicher mehrere Jahre dauern wird und Themen aufzugreifen, die die Menschen bewegen und ansprechen.

In diesem Zusammenhang stellte er auch angesichts des schlechten Bundestagswahlergebnisses und der derzeitigen desolaten Umfrageergebnisse drei Thesen vor, und zwar:

1. Nicht die Organisatorisch bzw. Struktur der SPD sind der Grund für Wahlniederlagen, sondern diese müssen – auch in der Fläche – besser genutzt werden. Vielmehr ginge es darum, die ehrenamtliche Arbeit vieler Genossinnen und Genossen wertzuschätzen und Aktive zu unterstützen. Die Ausrichtung auf inaktive Mitglieder hält Johannes Reichersdorfer für wenig zielführend, sondern er forderte, dass hauptamtliche Beschäftigte der SPD sehr viel stärker als bisher in der Fläche unterstützen müssen, damit die SPD auch dort sichtbar präsent wird.

2. Die programmatische Erneuerung der SPD muss den Kern des Erneuerungsprozesses sein.

Dabei muss die Frage gestellt werden, ob die Antworten der SPD auf die Probleme der Gesellschaft noch zeitgemäß sind. Beispielhaft verwies er auf die Digitalisierung, die eine große Herausforderung nicht nur für die Arbeitswelt, sondern auch für das Land und die Stadt darstellt. In der Vergangenheit hat sich die SPD immer dem technologischen Fortschritt gestellt und die Ergebnisse positiv für die praktische Umsetzung in der Gesellschaft genutzt. Hier muss die SPD wieder handlungsfähig werden. Hier verwies Johannes Reichersdorfer auf das Buch von Timo Daum „Das Kapital sind WIR. Zur Kritik der Digitalen Ökonomie“.

3. #SPD erneuern läuft Gefahr, mit Erwartungen überfrachtet zu werden. Es ist ein langer Prozess, der aber jetzt beginnen muss.

In der anschließenden sehr engagierten Diskussion wurde die Frage gestellt, wie die Parteiarbeit heute sinnvoll organisiert werden soll. Dabei wurde auch festgestellt, dass die Schwäche der SPD an vielen Stellen hausgemacht ist, weil sich die Partei und ihre Mandatsträger viel zu wenig um die tatsächlichen Belange der Bürgerinnen und Bürger gekümmert hat. Häufig standen und stehen Partikularinteressen im Vordergrund und die zentralen Themen, wie Miete, innere Sicherheit und Flüchtlinge werden und wurden vernachlässigt, sodass sie von anderen Parteien, zum Teil in einer Richtung, die uns nicht gefällt, aufgegriffen werden.

Bemerkenswert ist, dass überall dort, wo mit den Menschen direkt geredet und auf sie zugegangen wird, auch Erfolge zu verzeichnen ist. Vermisst wurde allerdings, mit erfolgreichen Wahlkämpfern einen Erfahrungsaustausch zu suchen.

Generell wurde kritisiert, dass ein klares Bild der SPD fehlt und auch bei Aktionen und Aktivitäten weder für die Mitglieder schon gar nicht für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar ist, was veranlasst wurde. Hier wurde eine stärkere Präsenz der SPD und ihrer Mandatsträger – auch in unserem Kreis - gefordert. Ebenso wurde eine stärkere Interaktion mit den Mitgliedern gefordert, indem Beschlussfassungen in die Mitgliedschaft gespielt, dort bewertet und votiert und anschließend zurückgespielt werden sollen. Wichtig ist es auch, die Ergebnisse zu evaluieren und anschließend daraus Schlussfolgerungen zu ziehen und diese sowohl parteiintern als auch öffentlich zu kommunizieren.

Es wurde von den anwesenden Mitgliedern aber auch gefordert, in den Mitgliederversammlungen inhaltliche Themen zu diskutieren und die Mitglieder damit zu ertüchtigen, sich der politischen Debatte im gesellschaftlichen Umfeld stellen zu können. Dazu gehört auch eine stärkere Vernetzung in Vereinen, Verbänden, sonstigen Institutionen und dem Wohnumfeld. Insgesamt gilt es also – darüber waren sich alle einig – die Basisarbeit zu stärken und wertzuschätzen und in der Partei in allen Gliederungen eine inhaltliche politische Diskussion zu führen.

Zu den Organisationsstrukturen in Charlottenburg-Wilmersdorf stellte Fabian Schmitz-Grethlein abschließend die Frage, wann hier angesichts des deutlichen Ungleichgewichts der Abteilungsgrößen und –strukturen mit einer Neuordnung zu rechnen ist. Johannes Reichersdorfer als Vorsitzender der parteieigenen Arbeitsgruppe zur Neuordnung wies darauf hin, dass ein entsprechendes Ergebnis Ende des Jahres 2018 vorgelegt wird.

## Bericht von der Mitgliederversammlung am 5 Juni 2018

### "Berlin und die Sicherheit - vor dem Volksbegehren zur Videoüberwachung", Referent: Torsten Akmann, Staatssekretär für Inneres

In seiner Begrüßung wies Florian Dörstelmann auf die besondere Bedeutung des Themas hin, zumal mit der Wahl des konservativen Innenpolitikers Burkard Dregger zum Fraktionsvorsitzenden der CDU im Abgeordnetenhaus der hohe Stellenwert verdeutlicht wird, den die CDU diesem Thema zumisst und somit auch eine politische Schwerpunktbildung in der Bevölkerung setzt.

Torsten Akmann wies eingangs auf seine berufliche Vita hin, die für den Juristen sowohl im Bundeskanzleramt als auch im Bundesinnenministerium eng mit dem Thema "Innere Sicherheit" verbunden war. Seit Ende 2016 ist er nunmehr als Staatssekretär für Inneres mit für die innere Sicherheit im Land Berlin verantwortlich und kümmert sich um dieses Thema, das nach Aussage des Innensenators Andreas Geisel ein zutiefst linkes Thema ist. Innere Sicherheit und soziale Sicherheit bedingen sich miteinander.

Zur Ausgangssituation in Berlin beschrieb Torsten Akmann die Situation als Hauptstadt mit einer hohen Zahl an Staatsbesuchen, den Botschaften, über 5.000 Demonstrationen im Jahr und einer ständig steigenden Touristenzahl. Berlin ist zudem Pendlerhauptstadt und hat das größte U-Bahnnetz Deutschlands. All das stellt Herausforderungen für die Sicherheitslage dar. Von den rund 25.000 Beschäftigten der Berliner Polizei befinden sich rund 17.000 im Polizeivollzugsdienst. Im Vergleich dazu haben London 35.000 und Paris 30.000 Vollzugsbeamte.

Insgesamt stellte Torsten Akmann fest, dass in Berlin wieder mehr Polizeibeamte sichtbar auf der Straße sein müssen. Dazu ist mehr Personal erforderlich. Die entsprechenden Stellen wurden bewilligt. Außerdem arbeitet in der Innenverwaltung eine Projektgruppe "Personalgewinnung", die die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen soll. Zur Verbesserung der Situation gehört auch eine bessere und zeitgemäße Sachausstattung der Polizei.

Zu der Zahl der Straftaten in Berlin führte Torsten Akmann aus, dass mit 520.000 Straftaten im Jahr trotz der wachsenden Stadt die Tendenz sinkend ist. Insgesamt gibt es eine Aufklärungsquote von 44%. Bemerkenswert ist allerdings, dass es in Wilmersdorf eine Zunahme bei den Straftaten von 17 % gegeben hat. Hier gab es bei den Villen- und Wohnungseinbrüchen eine Steigerung vom 27%. Die Zahl der Fahrraddiebstähle blieb gleichbleibend und die Kfz- und Raubdelikte sind rückläufig. Insgesamt ist jedoch die Wahrscheinlichkeit, in Berlin Opfer einer Straftat zu werden, so gering wie vor 20 Jahren. Dennoch ist das subjektive Sicherheitsempfinden der Berliner Bevölkerung anders. Deshalb wird die sichtbare Polizeipräsenz ausgeweitet werden. Die Erfahrungen mit der Alex- Wache werden in die Stadt getragen, es sollen 5 mobile Wachen in der Stadt verteilt, die Fahrradstaffel erweitert und gemeinsame Streifen mit der BVV in der U-Bahn gefahren werden. Zur Wiedereinführung der Kontaktbereichsbeamten gibt es einen Prüfauftrag.

Nach Aussage von Torsten Akmann wird die Sicherheitspolitik in Berlin ganz wesentlich von den Ereignissen nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz und dem Amri-Untersuchungsausschuss geprägt. Die Innenverwaltung hat ein hohes Interesse an der Aufklärung. In diesem Zusammenhang sind auch die Diskussionen über die flächendeckende Videoüberwachung und die Pollerdiskussion zu betrachten. Torsten Akmann informierte darüber, dass es in der Innenverwaltung Überlegungen zu einer angemessenen Videoüberwachung gebe; einer flächendeckenden Videoüberwachung – wie von den Initiatoren des Volksbe-

gehens gewünscht – widersprach er allerdings, zumal es durch eine Videoüberwachung keinen Schutz vor Straftaten gebe. Die Innenverwaltung plane so eine intelligente Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten. Zudem müssen auch durch die beabsichtigten Poller touristische Orte, wie z.B. das Brandenburger Tor geschützt werden.

Dieser Schutz muss in das Stadtbild integriert werden (Blumenkübel, Bänke, die fest eingebaut werden und LKW's abhalten.) Als erstes soll in diesem Jahr der Breitscheidplatz voll „abgepollert“ werden.

Torsten Akmann forderte aber auch eine städtebauliche Kriminalprävention, durch die Angsträume reduziert werden. „Berlin muss heller werden“. Außerdem informierte er darüber, dass in Berlin das Polizeirecht angepasst werden soll, und zwar u.a. mit der Erlaubnis zum finalen Rettungsschuss und Bodycams für Polizisten. Hierzu erwartet er jedoch noch intensive Diskussionen mit den Koalitionspartnern.

Zur Zahl der Abschiebungen führte Torsten Akmann aus, dass diese insgesamt rückläufig sei. Ziel ist es, abgewiesene Asylbewerber zu einer freiwilligen Rückkehr zu bewegen.

In der anschließenden Diskussion wurde die zurückhaltende Haltung der SPD zum Thema Videoüberwachung kritisiert und ein Scheitern des Senats bei dem Volksbegehren befürchtet. Auch wenn eine Videoüberwachung Straftaten nicht verhindern könne, wirke diese auf die Bevölkerung beruhigend und würde bei der Ermittlung von Straftätern hilfreich sein.

Torsten Akmann entgegnete dazu, dass zunächst zu dem beabsichtigten Volksbegehren eine rechtliche Prüfung vorgenommen würde, da der vorgelegte Vorschlag möglicherweise rechtswidrig sei, weil dadurch ein Grundrechtseingriff vorgenommen würde. Unabhängig davon wird der Senat einen eigenen Gesetzesentwurf vorlegen, der allerdings weniger als 50 Orte vorsehen werde und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet. Die SPD und der Senat werden hier in die Offensive gehen.

Weitere Themen in der Diskussion waren:

- Personalgewinnung und bessere Bezahlung für die Polizei
- Alex-Wache
- Schießstände der Polizei
- Kriminalitätsbelastende Orte in Berlin
- Sicherheitsempfinden in der U-Bahn
- Zunehmende Zahl von Messerattacken
- Situation bei der Feuerwehr
- Neuer Abschiebegewahrsam für Gefährder in Lichtenrade.
- Polizei Ausbildung an der Polizeiakademie.

Abschließend wiesen Torsten Akmann und Florian Dörstelmann darauf hin, dass das Thema „Innere Sicherheit“ im Herbst auf dem Landesparteitag erörtert und hierzu ein Antrag verabschiedet werden soll. Florian Dörstelmann kündigte hierzu an, dieses Papier im Oktober auf der Mitgliederversammlung unserer Abteilung behandeln zu wollen.

## Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Auch im Abgeordnetenhaus gab es vor Beginn der Sommerpause noch einige schwerwiegende Themen zu beraten. Hoch her ging es dabei unter anderem bei der ersten Lesung des Mobilitätsgesetzes, das unter der Ressortverantwortung der grünen Verkehrssenatorin eingebracht worden war und bereits im Vorfeld für einige Aufregung gesorgt hatte, nachdem die Fraktionen noch einen umfassenden Katalog mit Änderungsanträgen vorgelegt hatten. Emotional aufgeladen war dann auch die Debatte. Während die Opposition vor allem darüber klagte, dass der Autoverkehr nicht hinreichend berücksichtigt worden sei, stellten die Redebeiträge der Koalition klar, dass es sich um einen umfassenden Ansatz zur Verbesserung von Mobilität für alle Berlinerinnen und Berliner handelt, bei dem nicht einzelne Verkehrsarten gegeneinander ausgespielt werden, sondern vor allem attraktive Angebote an Alternativen die Abhängigkeit vom eigenen Auto verringern sollen. Und nicht zuletzt soll das Gesetz in seiner Umsetzung auch für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen.

Unverändert spielt – auf der Meta-Ebene der Mobilität – die Frage der Zukunft von BER und Tegel eine große Rolle. So hat die Opposition die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Planung und Durchführung des Projekts BER gefordert – nicht der erste übrigens, denn in den vorangegangenen Legislaturperioden gab es bereits drei solcher Untersuchungsausschüsse. Der Einsetzungsantrag wirft allerdings einige Fragen hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einzelner Untersuchungsaufträge auf.

Gleichzeitig klammert sich die Opposition noch immer an das Thema „Offenhaltung Tegel“. Hier hat der Senat nun mitgeteilt, dass er dem Ansinnen, mit den übrigen Gesellschaftern der Flughafengesellschaft über entsprechende Möglichkeiten zur Offenhaltung zu sprechen, entsprochen und solche Gespräche geführt hat. Die beiden Mitgesellschafter, der Bund und Brandenburg, sind aber nicht bereit. So einfach ist das und deshalb hat das Abgeordnetenhaus mit einem entsprechenden Beschluss diese Debatte auch beendet.

In der CDU-Fraktion gab es interessante Veränderungen. Der bisherige Vorsitzende, Florian Graf, stellte sein Amt überraschend Mitte Mai zur Verfügung, nachdem er bekanntgegeben hatte, eine partei-lobbyistische Tätigkeit in der Bundespartei anzunehmen. Sein Nachfolger wurde, nach CDU-internen Querelen, in deren Zuge der frühere Sozialsenator Mario Czaja in Hinterzimmermanier ausgetobtet wurde, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Burkhard Dregger. Damit ist eine weitere Konzentration der Union auf innenpolitische Themen zu erwarten.

Das Abgeordnetenhaus hat ferner die bessere Ausstattung der BVV-Fraktionen mit mehr Mitteln, Personal und Geld beschlossen. Eine Entscheidung, die mir, angesichts der umfangreichen Aufgaben in den Bezirksverordnetenversammlungen, schon geraume Zeit überfällig erschien.

Schließlich stand am 28.06.2018 noch die Wahl der Rechnungshofpräsidentin auf der Tagesordnung. Die Kandidatin der Koalition, Karin Klingen, erhielt im ersten Wahlgang 82 Stimmen. Karin Klingen ist langjährige Genossin und in der Abteilung 78, Neu-Westend, aktiv. Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle noch einmal zur Wahl, mit der erneut eine Fachfrau mit viel Erfahrung in der Finanzverwaltung an die Spitze des Rechnungshofes rückt.

Florian Dörstelmann, MdA

## Termine und Impressum

### TERMINE Abteilung

Dienstag, 04.09.2018,            19.30 Uhr            Mitgliederversammlung

Impressum:

SPD Landesverband Berlin  
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf  
Abteilung 97  
[www.wilmersdorf-sued.de](http://www.wilmersdorf-sued.de)

**Redaktion:**

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)  
Udo Rienaß



Foto: „Interessierte Zuhörer“ von Jürgen Jänen



Mit prominenten SPD-Politikerinnen und Politikern

V.i.S.d.L.P.: Florian Dörstelmann, Vorsitzender SPD Wilmersdorf-Süd



**SAMSTAG, 16. JUNI 2018**  
**14:30 bis 18:30 Uhr**

**Für uns ist klar: Wir wollen auch in den nächsten Jahren die Regierungspolitik in Berlin maßgeblich gestalten. Und wir haben noch viel vor: wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum und wir wollen unsere wachsende Stadt finanziell verantwortlich und sozial gerecht gestalten.**



**Wir brauchen Deine Unterstützung! Neben der aktiven Arbeit vor Ort hilft uns auch jede Einzelspende.**

**Auch viele kleine Spenden sind eine große Hilfe, wir freuen uns über jeden Beitrag.**

**Bitte Spenden auf folgendes Konto überweisen:**

**SPD Wilmersdorf-Süd  
Berliner Sparkasse  
IBAN: DE 93100500000910031525  
BIC: BELADEBEXX**

(Bitte Namen und Anschrift bei der Überweisung angeben, damit wir eine Spendenquittung ausstellen können!)

**Vielen Dank für Deine Spende und Unterstützung.**

